

| Council of European Municipalities and Regions
| Conseil des Communes et Régions d'Europe
| Συμβούλιο των Ευρωπαϊκ Δήμων και περιφερειών
| Consejo de municipios y regiones de europa
| Consiglio dei comuni e delle regioni d'Europa
| Raad der Europese gemeenten en regio's
| Conselho dos municípios e regiões da Europa



| **RGRE** | Gereonstraße 18 - 32 | 50670 Köln

Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Datum

August 2020/Ger

Unser Zeichen

81.00.06

Telefon +49 221 3771-0

Durchwahl 3771-315

Telefax +49 221 3771-7315

E-Mail

mascha.gerwin@staedtetag.de

Bearbeitet von

Mascha Gerwin

RGRE- Infobrief 04/2020

Infobrief

für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker

in Rat und Verwaltung

IN EIGENER SACHE

Bitte teilen Sie uns mit, wenn sich Ihre E-Mail-Anschrift ändert.

Schicken Sie uns einfach eine E-Mail an: [infobrief\(at\)rgre.de](mailto:infobrief(at)rgre.de).

Bitte fügen Sie dieser E-Mail auch Ihre Anschrift sowie Ihre Mitgliedsnummer bei.

Wir danken für Ihre Hilfe und wünschen angenehme Lektüre.

Ihr RGRE-Team

Hinweis: Die im Infobrief aufgeführten Informationen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit der genannten Daten können wir allerdings keine Gewähr übernehmen.

Gereonstraße 18 - 32, 50670 Köln | Telefon +49 221 3771-0 Telefax +49 221 3771-128
Durchwahl +49 221 3771-310 und +49 221 3771-188
Internet: www.rgre.de | Mail: post@rgre.de

Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn Konto 30 212 153 (BLZ 370 501 98) | IBAN: DE15 3705 0198 0030 2121 53 SWIFT-BIC: COLSDE33

Inhaltsverzeichnis

I. Deutsche Sektion des RGRE	3
Erklärung der Deutschen Sektion des RGRE zur Corona-Pandemie.....	3
II. Ausschuss der Regionen	3
Stellungnahme des AdR zu gleichwertigen Lebensverhältnissen	3
III. Europäischer RGRE (CEMR)	3
Europas Städte und Regionen für die Demokratie in Belarus.....	3
IV. Europäische Union	4
Kommission ermutigt Mitgliedstaaten, den Fonds REACT-EU zu nutzen	4
V. Konsultationen	5
Konsultation zu überarbeiteten Regionalbeihilfeleitlinien	5
Konsultation zur Überwindung grenzübergreifender Hindernisse	5
Konsultation zum digitalen Zugang zu öffentlichen Diensten	6
VI. Veröffentlichungen	6
Zeitschriftenspiegel	6
VII. Partnerschaftsarbeit	9
Dank von höchster Stelle an deutsch-italienische Partnerstädte	9
Neue Suchbörse des deutsch-französischen Bürgerfonds.....	9
Fotoausstellung zu Mülheimer Städtepartnerschaften	9
Partnerschaftsgesuche	10
...aus Kolumbien: Neiva	10
VIII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges	11
Webkonferenzreihe „Europe’s Cities Fit For Future“ zur Leipzig Charta 2.0.....	11
Interregionale Partnerschaften als Antwort auf COVID-19 gesucht.....	11
12 Städte im Finale des iCapital Award 2020.....	12
EU-Tool zur Bewertung des Online-Unterrichts an Schulen	12
„Europa bei uns zuhause“: Bewerbungsfrist bis 1. September 2020 verlängert.....	13
„Europa erlesen“ mit Navid Kermani am 16. September in Düsseldorf	13
Mehr Zeit für die europäischen Kulturhauptstädte	14

I. Deutsche Sektion des RGRE

Erklärung der Deutschen Sektion des RGRE zur Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie stellt eine in dieser Art nie zuvor dagewesene Herausforderung dar. Die Auswirkungen für Europa, den europäischen Zusammenhalt und für die Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union sind in ihrer Gesamtheit noch nicht absehbar. Es ist jedoch klar, dass die Folgen tiefgehend und langfristig sein werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) im Rahmen ihrer außerordentlichen Präsidiums- und Hauptausschusssitzung im Juli 2020 eine Erklärung zur Corona-Pandemie verabschiedet. Unter dem Titel „Die Corona-Pandemie gemeinsam meistern – Europa gemeinsam wieder stark machen“ adressiert die Erklärung die zentrale Bedeutung von Solidarität und von offenen Grenzen als Kernelemente Europas. Sie betont, dass die Krise zur Chance für die Zukunft Europas werden kann. (bb)

[Erklärung zur Corona-Pandemie \(deutsch\)](#)

[Erklärung zur Corona-Pandemie \(englisch\)](#)

II. Ausschuss der Regionen

Stellungnahme des AdR zu gleichwertigen Lebensverhältnissen

Die Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt des Europäischen Ausschusses der Regionen hat am 13. Juli 2020 eine Initiativstellungnahme mit dem Titel „Gleichwertige Lebensverhältnisse – eine gemeinsame Aufgabe für alle Verwaltungsebenen in Europa“ angenommen. Darin bekundet der AdR Besorgnis über die wachsenden wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Ungleichheiten und fordert einen standortorientierten Ansatz. Durch die Corona-Krise würden die Herausforderungen in den meisten Gebieten noch verstärkt. Die Auswirkungen der europäischen Strukturpolitik auf die kommunale Ebene würden zu wenig berücksichtigt. In der Konsequenz fordert der AdR die Mitgliedstaaten auf, die nationalen Politiken gemeinsam mit der lokalen und regionalen Ebene weiterzuentwickeln. Außerdem wird eine Verankerung des Ziels der gleichwertigen Lebensverhältnisse auf europäischer Ebene sowie eine stärkere Verknüpfung der neuen Territorialen Agenda 2030 mit der neuen Kohäsionspolitik 2021-27 gefordert.

III. Europäischer RGRE (CEMR)

Europas Städte und Regionen für die Demokratie in Belarus

Der europäische Dachverband des Rates der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) verurteilt die Gewalt gegen Demonstrantinnen und Demonstranten in Belarus und ruft zu einem friedlichen, offenen und integrativen Dialog zwischen allen Parteien auf. Die Wahlen, die am 9. August 2020 in Belarus stattfanden, entsprachen nach Ansicht des CEMR nicht den internationalen Standards von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Der Dachverband der europäischen Städte und Regionen fordert die belarussischen Behörden auf, die Verfolgung politischer Gegnerinnen und Gegner einzustellen, alle zu Unrecht inhaftierten Personen freizulassen und die Menschenrechte und -freiheiten zu achten. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden und Neuwahlen zu organisieren, sollte die Regierung in einen echten politischen Dialog mit der Opposition eintreten. Die Europäische Union und die EU-Mitgliedstaaten werden aufgerufen, Dialog- und Vermittlungsprozesse zu unterstützen, um Belarus in einen Übergangsprozess einzubinden, der zu einer Demokratie mit fairen Wahlen führt.

Darüber hinaus fordert der CEMR die EU-Institutionen und die nationalen Regierungen nachdrücklich auf, die Hilfe für die belarussische Zivilgesellschaft zu verstärken sowie Organisationen, die die lokale Demokratie und kommunale Autonomie fördern, zu unterstützen. (bb)

Mehr Informationen: www.ccre.org/en/actualites/view/4063

IV. Europäische Union

Kommission ermutigt Mitgliedstaaten, den Fonds REACT-EU zu nutzen

Die Kommission ruft die Mitgliedstaaten auf, die über den „Aufbaufonds für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas“ (REACT-EU) zur Verfügung stehenden zusätzlichen Mittel für die Bekämpfung der Folgen der Coronakrise rasch und effektiv zu nutzen: Der Fonds ist Teil des Aufbauplans [Next Generation EU](#) und konzentriert sich auf die Unterstützung von Gesundheitssystemen, Arbeitsplätzen und einkommensschwachen Familien sowie auf die finanzielle Unterstützung von KMU.

Die Staats- und Regierungschefs der EU einigten sich auf dem Gipfel des Europäischen Rates vom 17. und 21. Juli auf ein Budget von 47,5 Mrd. Euro für REACT-EU. Diese Einigung ist nicht das Ende des Gesetzgebungsverfahrens, aber für eine rasche Erholung von den Folgen der Coronakrise ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten mit einer zügigen Programmplanung und operativen Umsetzung vorankommen.

Für einen raschen Einsatz von REACT-EU empfiehlt die Kommission den Mitgliedstaaten den Fokus auf die Regionen zu legen, deren Wirtschaft von der Pandemie am härtesten getroffen wurde und die am wenigsten widerstandsfähig sind; die länderspezifischen Empfehlungen des Europäischen Semesters zu berücksichtigen sowie das Partnerschaftsprinzip zu respektieren, indem die Sozialpartner, die Partner der Zivilgesellschaft und die regionalen Behörden in Planung und Umsetzung einbezogen werden.

REACT-EU-Ressourcen sollen auch für Projekte mobilisiert werden, die die Klimaziele der EU unterstützen und für die Wiederaufnahme von Projekten eingesetzt werden, die aufgrund der Pandemie Rückschläge erlitten haben. Die Projekte sollten sich sowohl mit den Folgen der Pandemie befassen als auch den Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft erleichtern.

Mehr Informationen: https://ec.europa.eu/germany/news/20200730-corona-krisenreaktion-react-eu_de

V. Konsultationen

Konsultation zu überarbeiteten Regionalbeihilfeleitlinien

Die Europäische Kommission bittet um Stellungnahmen aller interessierten Kreise zum Entwurf der überarbeiteten EU-Leitlinien für Regionalbeihilfen („Regionalbeihilfeleitlinien“). Diese sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung der regionalen Entwicklung: Sie sollen die wirtschaftliche Entwicklung von benachteiligten Gebieten in der EU voranbringen und gleiche Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedstaaten wahren.

Die Überarbeitung der geltenden Regionalbeihilfeleitlinien erfolgt im Rahmen einer „[Eignungsprüfung](#)“, mit der die Kommission feststellen will, ob die [2012 angenommenen Rechtsvorschriften zur Modernisierung des EU-Beihilferechts](#) noch zweckmäßig sind. Ziel ist eine Vereinfachung der Leitlinien. Der Entwurf der überarbeiteten Leitlinien spiegelt auch die neuen Prioritäten im Rahmen des [europäischen Grünen Deals](#) und der [Industrie](#)- und [Digitalstrategie](#) der EU wider. Außerdem sollen den Regionen Mittel zur Erholung von der coronabedingten Krise an die Hand gegeben werden. So schlägt die Kommission beispielsweise vor, die Beihilfeshöchstintensitäten zu erhöhen, indem unter Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen in den Mitgliedstaaten zusätzliche Anreize für private Investitionen in den am stärksten benachteiligten Gebieten ermöglicht werden. Zudem schlägt sie weitere Verfahrensvereinfachungen für Beihilfen in [Gebieten eines gerechten Übergangs](#) vor, die die Mitgliedstaaten derzeit festlegen.

Die Kommission überlegt auch, ob zusätzliche Maßnahmen der Beihilfenkontrolle mit klaren und objektiven Kriterien die Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals unterstützen könnten. Sie bittet daher in der heute eingeleiteten Konsultation zum Leitlinienentwurf auch um Stellungnahmen zu dieser Frage. Der Entwurf der überarbeiteten Regionalbeihilfeleitlinien und nähere Angaben zur öffentlichen Konsultation sind [online](#) verfügbar. Im Interesse der Vorhersehbarkeit und Rechtssicherheit während der Überarbeitung wurden die geltenden Leitlinien, die eigentlich Ende dieses Jahres auslaufen sollten, bis Ende 2021 verlängert.

Der Vorschlag für die Regionalbeihilfeleitlinien wird kurz vor Ende des Konsultationszeitraums auch auf einem Treffen von Vertretern der Kommission und der Mitgliedstaaten erörtert werden. Die Annahme der neuen Leitlinien ist für Anfang 2021 vorgesehen, um den Mitgliedstaaten genügend Zeit für die Vorbereitung und Anmeldung ihrer Fördergebietskarten zu geben, die ab 2022 gelten werden.

Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 30. September 2020 möglich.

Zur Konsultation: https://ec.europa.eu/competition/consultations/2020_rag/index_en.html.

Konsultation zur Überwindung grenzübergreifender Hindernisse

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO) der Europäischen Kommission führt derzeit eine Konsultation durch. Thema ist die Überwindung grenzübergreifender Hindernisse. Nationale, regionale und lokale Behörden mit grenzübergreifender Tätigkeit sowie Bürgerinnen und Bürger in Grenzregionen sind aufgerufen, die Situation in den Grenzgebieten zu bewerten. Dabei sollen die Auswirkungen der Corona-Pandemie in den Abschnitten 1 bis 4 zunächst ausgeklammert und in Abschnitt 5 dann separat behandelt werden. Mithilfe dieser Befragung soll ein Überblick über die Entwicklungen seit der Annahme der Mitteilung über EU-Grenzregionen im Jahr 2017 erstellt werden. Auch Empfehlungen für die zukünftige Politik sollen mithilfe der Umfrageergebnisse entwickelt werden.

Auf der Website der Konsultation können Sie die deutsche Version aufrufen und ein Dokument mit Hintergrundinformationen herunterladen.

Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 20. September 2020 möglich.

Zur Konsultation: https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/overcoming_crossborder_obstacles.

Konsultation zum digitalen Zugang zu öffentlichen Diensten

Die EU-Kommission plant die Überarbeitung der sog. eIDAS-Verordnung (Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt), durch welche die sichere Geschäftsführung im Wege von Online-Diensten normiert wird. Damit die Überarbeitung dieser Vorschriften dem wachsenden Bedarf an einfachen, vertrauenswürdigen und sicheren Möglichkeiten zur Online-Identifizierung gerecht wird, hat die Kommission eine öffentliche Konsultation ihrer BürgerInnen, Unternehmen und aller Interessierten gestartet.

Die Evaluierung ist in nahezu allen EU-Sprachen möglich. Sie wird begleitet von parallel durchgeführten Zielgruppenkonsultationen. Um an der Konsultation teilzunehmen, kann man sich als EU-BürgerIn [hier](#) registrieren. Unternehmen und Organisationen müssen sich dafür im EU-Transparenz-Register anmelden.

Die Beteiligung an der Konsultation ist bis zum 2. Oktober 2020 möglich.

Zur Konsultation: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12528-European-Digital-Identity-EUid-/public-consultation>

VI. Veröffentlichungen

Zeitschriftenspiegel

Fundstelle	Ausgabe	Autor/in	Titel des Artikels
Außerschulische Bildung	51. 2020, H. 2, S. 35-37	Ballhausen, Ulrich	Europapolitische Bildung in der Schule: Oder, warum die nonformale politische Bildung gerade hier eine wichtige Aufgabe hat!
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 43-45	Baltsch, Barbara	Solidarität und Zusammenhalt in der Corona-Krise: Virtuelle Sitzung von Präsidium und Hauptausschuss

Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 41	Baltsch, Barbara	Europapreis für Kleinstadt Amilly in Frankreich: Preise des Europarates für vorbildliche Partnerschaftsarbeit
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 27-30	Beilschmidt, Anna-Lena	Stadt setzt Zeichen für Demokratie in Europa: Aktivitäten in Pforzheim anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft
Kulturpolitische Mitteilungen	2020, H. 2, S. 26	Bonadiman, Silvia	Digitalisierung in der Städtepartnerschaftsarbeit: (Wie) geht das?
Außerschulische Bildung	51. 2020, H. 2, S. 49-54	Breuer, Judith	Wege ins Ausland für junge Menschen mit weniger Möglichkeiten: Inspiration Frankreich ; Erasmus+ und der service civique (international) in Verbundung mit der mission locale und parcours le monde
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 35-37	Butt-Pošnik, Jochen	Wirtschaft gerettet, Bürgerbeteiligung tot? Europa für Bürgerinnen und Bürger nach der Corona-Krise
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 35-37	Drees, Sabine	Mit Städtediplomatie neue Brücken schlagen: Virtuelle Deutsch-Türkische Städtepartnerschaftskonferenz
Außerschulische Bildung	51. 2020, H. 2, S. 4-9	Guérot, Ulrike	Europäische Perspektiven: Analysen und Zukunftsszenarien
Publicus [elektronische Ressource]	2020, H. 6	Heinrich, Michael	Vorschläge der EU-Kommission zum Wiederaufbaufonds: Die coronare Überdehnung der europäischen Verträge
Wirtschaftsdienst	100., 2020, H. 6, S. 407-410	Henke, Klaus-Dirk	Das EU-Budget in der Corona-Krise (Die Europäische Union in der Corona-Krise)
Außerschulische Bildung	51. 2020, H. 2, S. 10-17	Kalb, Jürgen	Europapolitisch denken und handeln: Die Europäische Union zwischen Effektivität, Partizipation und Legitimation
Kulturpolitische Mitteilungen	2020, H. 2, S. 22-23	Knol, Jan Jaap	Deutsch-niederländischer Austausch und Perspektiven: Die neue Rahmenrichtlinie für internationale Kulturpolitik in den Niederlanden

Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 20-22	Mentrup, Frank	Urbane Mobilität- weitergedacht für Menschen und Klima: Verantwortung von Karlsruhe im Rahmen der Städteagenda für die EU
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 16-19	Munzinger, Timo	Leipzig-Charta an neue Herausforderungen anpassen: Erwartungen der deutschen Städte an eine europäische Stadtpolitik
Außerschulische Bildung	51. 2020, H. 2, S. 30-34	Ohana, Yael	What's politics got to do with it? European Youth work programmes and the development of critical youth citizenship
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 3-6	Pischnick, Friederike	Hohe Erwartungen in schwierigen Zeiten: Die Ratspräsidentschaft Deutschlands in der Europäischen Union
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 23-26	Schmitz, Michael	Dünn besiedelte Gebiete stärker in den Blick nehmen: Die Zukunft der ländlichen Räume nach der COVID-19-Pandemie
Außerschulische Bildung	51. 2020, H. 2, S. 30-34	Siebel, Claudius	Europa erfahren: Wie EU-Programme die Jugend und Jugendarbeit stärken
Wirtschaftsdienst	100., 2020, H. 6, S. 397-400	Südekum, Jens	Die europäische Antwort auf die Corona-Pandemie
Kommunalpolitische Blätter	72. 2020, H. 7, S. 20-21	Verheyen, Sabine	Die europäische Antwort auf die Corona-Pandemie
AKP	41. 2020, H. 4, S. 26	Wägerle, Henriette	Jetzt kommt es auf die Städte an: Neue Leipzig Charta
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 7-10	Wojahn, Jörg	Gemeinsam Europa wieder stark machen: Europäische Kommission in Deutschland zur EU-Ratspräsidentschaft
Europa kommunal	44. 2020, H. 4 S. 11-15	Zimmermann, Uwe	Zukunft gestalten – Neustart für Europa! Kommunalen Appell zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

VII. Partnerschaftsarbeit

Dank von höchster Stelle an deutsch-italienische Partnerstädte

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und sein italienischer Amtskollege Sergio Mattarella haben den Kommunen ihrer beiden Länder für ihr Engagement und ihre Solidarität während der Corona-Pandemie gedankt. Die „erfolgten Gesten der Solidarität im Netzwerk der über 400 deutsch-italienischen Städtepartnerschaften waren wichtige Signale, die in der Krise Mut und Hoffnung vermittelt haben. Ob Videobotschaften, Spenden oder auch einfach nur der Austausch über die jeweilige Lage vor Ort und die Frage, wie man am besten helfen kann – all dies hat gezeigt, dass die Menschen in Italien und Deutschland einander nahe stehen, auch und gerade in Notzeiten“, heißt es in einem gemeinsamen Brief an mehr als 800 deutsche und italienische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Gleichzeitig rufen die Präsidenten von Deutschland und Italien dazu auf, die seit Jahrzehnten bestehenden vielfältigen Verbindungen und Freundschaften weiter zu verstärken und neue kommunale Partnerschaften aufzubauen. Denn gerade jetzt komme es mehr denn je auf diesen Zusammenhalt an. Ihrerseits wollen Steinmeier und Mattarella die Regierungen ihrer Länder bitten zu prüfen, was zur Förderung der kommunalen Zusammenarbeit zwischen Italien und Deutschland getan werden kann. (bb)

Gemeinsamer Brief von Bundespräsident Steinmeier und Staatspräsident Mattarella: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2020/07/200728-Brief-Steinmeier-Mattarella.html

Neue Suchbörse des deutsch-französischen Bürgerfonds

Im Rahmen des Deutsch-Französischen Bürgerfonds fördern die deutsche und die französische Regierung Projekte aus der Zivilgesellschaft beider Städte, darunter auch städtepartnerschaftliche Aktivitäten. Zur Vermittlung und Verknüpfung von Interessenten und Projekten gibt es nun eine Partnerbörse.

Dort finden Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure andere Organisationen oder Projekte für eine mögliche Zusammenarbeit. Zudem können sie selbst ein Gesuch aufgeben, indem sie sich oder auch ihr Projekt vorstellen. Umgesetzt wird der Deutsch-Französische Bürgerfonds vom Deutsch-Französischen Jugendwerk.

Link zur Suchbörse: <https://www.buergerfonds.eu/suchen-und-finden>

Fotoausstellung zu Mülheimer Städtepartnerschaften

Anlässlich seines 25-jährigen Jubiläums präsentiert der Förderverein Mülheimer Städtepartnerschaften e.V. seine Geschichte im Rahmen einer Fotopräsentation im Foyer des Hauses der Mülheimer Stadtgeschichte/Jugendmusikschule. Dazu werden für die sechs Partnerstädte Mülheims – Darlington (England), Tours (Frankreich), Kouvola (Finnland), Oppeln/Opole (Polen), Kfar Saba (Israel) und Beykoz (Türkei) Fotos und Informationstexte präsentiert. Das geplante Jubiläumfest musste wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Es gibt allerdings einen Ersatztermin im August 2021. Dann soll ein Sommerfest gefeiert werden.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 9. Oktober 2020 und kann von Montag bis Freitag zwischen 9 und 19 Uhr kostenlos besucht werden.

Mehr Informationen: <https://www.staedtepartner-mh.de/wp-content/uploads/2020/08/200805-Mitgliederrundschreiben-zur-Fotopr%C3%A4sentation.pdf>

Partnerschaftsgesuche

...aus Kolumbien: Neiva

Von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt erreichte uns ein Gesuch der kolumbianischen Stadt Neiva, die eine Partnerschaft mit einer deutschen Stadt anstrebt. Neiva (ca. 365.000 EinwohnerInnen) ist die Hauptstadt und das wirtschaftliche Zentrum des Departements Huila und eine der wichtigsten Städte im Süden Kolumbiens. Die Hauptstadtregion kennzeichnet eine sehr dynamische Wirtschaft, die auf Ökotourismus, Gastronomie, Industrie und Handel basiert. Im Jahr 1539 gegründet, geht die Entstehungsgeschichte Neivas auf die spanisch-kaiserliche Herrschaftszeit zurück.

Kulturell spielt für die Stadt Neiva beim Übergang von der Tradition zur Moderne die Ausarbeitung einer eigenen regionalen und kulturellen Identität eine große Rolle. Die Kultur der Neivaner ist stark in ihrer Vergangenheit verwurzelt. Die traditionellen Bräuche der Bevölkerung haben mit dem „Festival Folclórico Reinado Nacional del Bambuco y Muestra Internacional de Folclore“ eine Plattform gefunden. Mit diesem Folklorefestival sollen die kulturelle Traditionen mit bäuerlichen und dörflichen Bräuchen, die in Vergessenheit zu geraten drohten, wiederaufgegriffen und bewahrt werden. Dargeboten werden neben Musik, Tanz und typischen Speisen auch Reiterumzüge und Stierkämpfe.

Zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt zählen u.a. die Mole des Río Magdalena, ein Denkmal zu Ehren einer indigenen Kämpferin sowie verschiedene Museen mit vielfältigen Themenschwerpunkten. Auch gibt es in der ländlichen Region um Neiva neue ökologische Exkursionspfade und -gebiete wie z.B. die Ruta del Café (Kaffee-Route).

Es gibt bereits Absichtserklärungen für eine Städtepartnerschaft mit dem Miami-Dade County (USA) und der Stadt Xi'an (China), die aufgrund der Corona-Pandemie dann im nächsten Jahr unterzeichnet werden sollen. Die Stadt Neiva ist interessiert am Austausch in Sachen Kunst und Kultur sowie Bildung, Sport, soziale Eingliederung, nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliche Entwicklung und Landwirtschaft; ebenso am wechselseitigen Know-how-Transfer und Austausch von Studierenden, Lehrkräften und Hochschulmitarbeitern. Neiva möchte eine Partnerschaft mit einer Stadt eingehen, die für ihre Kunst, Kultur, ihren Tourismus und Sport anerkannt ist und an einem wechselseitigen Know-how-Transfer interessiert ist.

Kommunen, die sich für eine Partnerschaft mit einer der oben genannten Kommunen interessieren, erhalten weitere Informationen bei der Geschäftsstelle der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, bei Frau Mascha Gerwin (E-Mail Adresse: mascha.gerwin@staedtetaq.de, Telefon: 0221/3771-315).

VIII. Veranstaltungen / Wettbewerbe / Sonstiges

Webkonferenzreihe „Europe's Cities Fit For Future“ zur Leipzig Charta 2.0

Gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat veranstaltet der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V. eine Webkonferenzreihe. Unter dem Titel „Europe's Cities Fit For Future“ finden am 3., 9. und 18. September 2020 insgesamt fünf Websessions statt. Diese stehen im Kontext der Novellierung der Leipzig Charta, welche im Dezember 2020 während der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft unterzeichnet werden soll. Die gesamte Webkonferenzreihe findet auf Englisch statt.

Zum Programm: https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/documents/Programme/2020/fit-for-future-agenda-komplett-05.pdf

Mehr Informationen und Anmeldung: <https://us10.campaign-archive.com/?e=&u=7ec5c63768fe-eca994bc2ac03&id=c367905e31>

Interregionale Partnerschaften als Antwort auf COVID-19 gesucht

Die Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO) der Europäischen Kommission hat einen Aufruf zur Interessensbekundung veröffentlicht. Gesucht werden interregionale Innovationspartnerschaften, die Pilotmaßnahmen als Antwort auf COVID-19 und zum Wiederaufbau nach der Coronapandemie steuern wollen. Ziel ist es, Anreize für Unternehmensinvestitionsprojekte zu schaffen, die die Kommerzialisierung und das Scale-up interregionaler Innovationen beschleunigen.

Auf der Grundlage der aktuellen Prioritäten der Kommission werden vier neue Bereiche für die Zusammenarbeit im Rahmen der interregionalen Innovationspartnerschaften vorgeschlagen (eine Partnerschaft pro Thema):

1. Die Mobilisierung regionaler Kapazitäten zur Beschleunigung der Innovation und des raschen Einsatzes neuer Technologien und Lösungen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und Entwicklung der medizinischen Wertschöpfungskette (z. B. medizinische Produkte, Geräte zur Bekämpfung von COVID-19)
2. Die Kreislaufwirtschaft im Gesundheitswesen (z. B. Wiederaufarbeitung und Überholung von medizinischen Geräten und Ausrüstungen, Kreislaufwirtschaft im Kontext der Gesundheitssicherheit, Entsorgung medizinischer Abfälle)
3. Nachhaltiger und digitaler Tourismus: Innovative Lösungen für die Erholung und Entwicklung des Tourismus (einschließlich klimaneutraler und kultureller Tourismus) durch neue Technologie, Dienstleistungskonzepte und Geschäftsmodelle
4. Wasserstofftechnologien in kohlenstoffintensiven Regionen

Eine Interessensbekundung kann von einer Partnerschaft eingereicht werden, die sich aus regionalen Behörden und ihren regionalen Innovationsökosystemen zusammensetzt. Partnerschaften sollten sich aus regionalen Behörden aus mindestens vier verschiedenen EU-Ländern zusammensetzen und so weit wie möglich die gesamte Wertschöpfungskette repräsentieren, an der Vertreter der „Vierfachhelix“ beteiligt sind: Forschung, Wirtschaft, öffentliche Verwaltung und Endnutzer aus verschiedenen Ländern.

Frist für die Einreichung der Interessenbekundung ist der 7. September 2020.

Mehr Informationen: https://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/funding-opportunities/calls-for-expressions-of-interest/#1

12 Städte im Finale des iCapital Award 2020

Im Wettbewerb um den Titel „Europäische Innovationshauptstadt 2020“ haben es zwölf Städte in die Finalrunde geschafft – darunter allerdings keine deutsche Stadt. Folgende Städte dürfen sich weiterhin Hoffnung auf die Auszeichnung machen: Cluj-Napoca (Rumänien), Espoo (Finnland), Gent (Belgien), Groningen (Niederlande), Helsingborg (Schweden), Leeuwarden (Niederlande), Leuven (Belgien), Linz (Österreich), Mailand (Italien), Reykjavik (Island), Valencia (Spanien) und Wien (Österreich).

Der Preis, der aus dem Programm „Horizont 2020“ gefördert wird, würdigt europäische Städte, die dynamische Innovationsökosysteme als Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen entwickeln und so die Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger verbessern. Nach einer Pilotversion 2014 wird er seit 2016 jährlich verliehen. Die Gewinnerstadt erhält ein Preisgeld in Höhe von einer Million Euro, außerdem gibt es „Runner-Up“-Preise i.H.v. 100.000 Euro. Alle Finalisten werden als Anerkennung ihrer Anstrengungen in ein Alumni-Netzwerk eingeladen und Ideen und Best Practices auszutauschen. Die Gewinner werden im Rahmen der „European Research and Innovation Days“ vom 22. bis 24. September 2020 bekanntgegeben.

Mehr Informationen: https://ec.europa.eu/info/research-and-innovation/funding/funding-opportunities/prizes/icapital_en

EU-Tool zur Bewertung des Online-Unterrichts an Schulen

Die EU bietet zur Evaluation von Online-Unterricht für Schüler und Lehrer ein kostenloses Tool namens SELFIE (Self-reflection on Effective Learning by Fostering the use of Innovative Educational Technologies - Selbstreflexion über effektives Lernen durch die Förderung des Einsatzes innovativer Bildungstechnologien) an. Seit seiner Einführung im Jahr 2018 haben bereits über 7.000 Schulen und fast 700.000 Benutzer aus 57 Ländern von SELFIE profitiert. Es ist in 31 Sprachen (alle 24 EU-Sprachen) erhältlich.

Besonders aus der Corona-Zeit gewonnene Erkenntnisse sollen nun von der Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) der EU-Kommission zusammengetragen werden. Die Kommission hat bereits eine EU-weite [öffentliche Konsultation](#) gestartet, um über den Aktionsplan zu informieren und die Erfahrungen von Bürgern, Institutionen, Organisationen und Unternehmen mit digitaler Bildung während der Pandemie zu sammeln. Die Konsultation läuft noch bis zum 4. September 2020.

Mehr Informationen zu SELFIE: https://ec.europa.eu/education/schools-go-digital_de

„Europa bei uns zuhause“: Bewerbungsfrist bis 1. September 2020 verlängert

Die Bewerbungsfrist für den Wettbewerb „Europa bei uns zuhause“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung wurde bis zum 1. September 2020 verlängert. Ursprünglich war der Bewerbungsschluss für den 1. Juni 2020 angesetzt. Zudem können die ausgewählten Projekte später starten: Die Projekte müssen im Zeitraum vom 1. November 2020 bis 31. Juli 2021 durchgeführt werden (ursprünglicher Zeitraum: 1. August 2020 bis 31. Juli 2021).

Gesucht werden innovative und öffentlichkeitswirksame Projekte europäischer Städtepartnerschaften und Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit niederländischen oder belgischen Partnern. Gleichzeitig steht der Wettbewerb auch vor dem Hintergrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU. Projekte, die die enge Freundschaft zum Vereinigten Königreich deutlich machen und fortführen, werden daher besonders begrüßt.

Ziel des Wettbewerbs ist es, den Menschen in Nordrhein-Westfalen den europäischen Gedanken näher zu bringen. Prämiert werden können neben Veranstaltungen auch Workshops, in denen neue Zielgruppen und Strategien für die Vermittlung der europäischen Idee entwickelt werden sowie Austauschprojekte über Fachthemen. Erfolgreiche Projekte werden mit bis zu 5000 Euro nachträglicher Kostenerstattung prämiert.

Mehr Informationen: <https://mbei.nrw/de/europa-bei-uns-zuhause>

„Europa erlesen“ mit Navid Kermani am 16. September in Düsseldorf

NRW-Europaminister Dr. Stephan Holthoff-Pförtner lädt zu einem neuen Termin der Reihe „Europa erlesen“ ein. Diese Reihe soll die Möglichkeit bieten, Europa aus der Sicht renommierter Autorinnen und Autoren zu entdecken und gemeinsam über europäische Fragen zu diskutieren. Aus Anlass des deutschen EU-Ratsvorsitzes trifft er im Gespräch auf den deutschen Autor iranischer Abstammung Dr. Navid Kermani. Dieser wird auch aus seinem Buch „Entlang der Gräben, Eine Reise durch das östliche Europa bis nach Isfahan“ lesen. Die Veranstaltung wird durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem Literaturbüro NRW e.V.

Die Lesung und das Gespräch finden statt am Mittwoch, den 16. September von 19:00 bis ca. 20:15 Uhr in der Düsseldorfer Innenstadt. Der Eintritt ist frei. Die Plätze sind aufgrund der geltenden Hygiene- und Abstandsregeln sehr begrenzt und können nur nach vorheriger Anmeldung vergeben werden.

Zur Anmeldung: <https://veranstaltungen.land.nrw/event.php?vnrto-ken=JK8KL/xSF/xXCoZU/jtBDsml8Et4yYigFnDCvDJvntUOsIECufIDEPxkvNBTDZ4rP5N1Etv/S/Vb355HgmJ4VxU=#EventAnmeldung>

Zum Livestream der Veranstaltung: <https://www.mbei.nrw/de/europa-erlesen>.

Mehr Zeit für die europäischen Kulturhauptstädte

Die Corona-Krise wirkt sich auf den Zeitplan für die europäischen Kulturhauptstädte der kommenden Jahre aus. Die diesjährigen Kulturhauptstädte Rijeka in Kroatien und Galway in Irland sollen ihre Titel ausnahmsweise noch bis zum 30. April 2021 behalten, teilte die Europäische Kommission mit. Auch die folgenden Titelträger Novi Sad in Serbien, Elefsina in Griechenland und Timișoara in Rumänien sollen mehr Zeit für die Vorbereitung erhalten. Nach dem Vorschlag der Kommission soll Novi Sad den Titel statt 2021 erst 2022 tragen, die anderen beiden Städte sogar erst im Jahr 2023. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten müssen dem Vorschlag der Kommission jedoch noch zustimmen.

Am übrigen Plan soll sich der Europäischen Kommission zufolge nichts ändern und damit auch nichts an der geplanten Ausrichtung der Kulturhauptstadt Europas im Jahr 2025 in Deutschland. Die Stadt, die den Titel tragen soll, wird derzeit ermittelt und soll am 28. Oktober 2020 verkündet werden. Wie die Kulturstiftung der Länder mitteilt, wird am Zeitplan festgehalten. Allerdings wird die deutsche Kulturhauptstadt Europas wegen der Corona-Pandemie online ermittelt. Sowohl die Stadtbesuche durch die europäische Jury als auch das entscheidende Treffen würden auf digitale Formate umgestellt. Die in der Endrunde stehenden Städte Chemnitz, Hannover, Hildesheim, Magdeburg und Nürnberg sollen mit Livestreams, Filmbeiträgen und Videodiskussionsrunden bei virtuellen „city visits“ ihre Stadt und Region vorstellen. (bb)